

## Briefe nicht beantworten, heißt Vertrauen verlieren

Briefe und Beschwerden aus den Reihen der Parteimitglieder und aus der Bevölkerung sind ein Bestandteil der persönlichen Verbindung der Partei mit den Menschen, und zum anderen wird sie durch diese Zuschriften auch auf bestimmte Probleme, aufmerksam gemacht, die vom Standpunkt der politischen Führung aus beachtet werden müssen. Deshalb hat das Zentralkomitee schon mehrfach und mit Nachdruck alle leitenden Parteiorgane auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Bearbeitung dieser Briefe hingewiesen.

Die Praxis zeigt jedoch, daß es immer noch leitende Parteiorgane in den Bezirken und Kreisen gibt, die die Bedeutung dieser Aufgabe nicht genügend beachten und durch nachlässige Arbeit bzw. Nichtbeantwortung von Briefen und Beschwerden sich eine Möglichkeit entgehen lassen, enge Verbindung mit der Bevölkerung herzustellen. Aus vielen Briefen an das Zentralkomitee geht hervor, daß in einer Reihe von Parteileitungen noch Bürokratismus und Nachlässigkeit gegenüber der Erledigung zumeist berechtigter Beschwerden vorhanden ist. So ergab z. B. die Überprüfung der Beschwerde des Genossen Sch. im Kreise Artern folgendes Bild:

Im Beschlußprotokoll der Bürositzung Anfang September des vergangenen Jahres wurde ein Genosse Sch. aus K. als Mitglied unserer Partei gestrichen, weil er seit 1953 keine Beiträge mehr gezahlt hatte. Diese Streichung wurde aber im Grundbuch eines Genossen mit gleichem Namen, aber aus dem Ort O., vorgenommen. Dieser Genosse ist ein altes Mitglied der Arbeiterbewegung und steht fest zur Politik unserer Partei. Aus Verärgerung darüber, daß er 1955 bei der Überreichung der Ehrenurkunde für langfristige Mitgliedschaft vergessen worden war, zahlte er keine Beiträge mehr; er wollte so die Kreisleitung auf diesen Fehler aufmerksam machen. Einem Genossen, der ihn nach einem halben Jahr wegen dieser Angelegenheit ansprach, erzählte er den ganzen Sachverhalt. Anstatt die Sache zu klären, hat man ihn — auf Grund der Verwechslung — als Parteimitglied gestrichen und das Parteidokument von ihm zurückverlangt. Daraufhin schrieb Genosse Sch. an den Ersten Sekretär der Kreisleitung Artern, erhielt aber auch von dort keinerlei Antwort. Nun wandte er sich an das Zentralkomitee mit seiner Beschwerde, und erst dadurch konnten die Dinge in Ordnung gebracht werden.

Daß Beschwerden von Parteimitgliedern oder aus der Bevölkerung nicht immer die notwendige Beachtung finden, geht auch aus einem Schreiben der Genossin Sch. aus Wurzen hervor. Die Genossin wandte sich an das Zentralkomitee und bat um eine persönliche Rücksprache, weil sie in ihrer Beschwerdeangelegenheit bei dem persönlichen Referenten des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Leipzig keine Auskunft erhielt. Auch ein Schreiben an die Bezirksleitung in gleicher Angelegenheit blieb unbeantwortet. In ihrer Verärgerung schrieb die Genossin wörtlich: „Ich muß annehmen, daß bei diesen Stellen kein Interesse an den Beschwerden der Genossen vorliegt.“ Der Vorfall, um den es sich hier handelt, trug sich im Januar zu. Auch unser Schreiben vom 2. Mai 1957 an das Büro der Bezirksleitung ist bisher noch nicht beantwortet worden.

Bei<sup>den</sup> Beispielen zeigen deutlich, daß in der Bezirksleitung Leipzig und der Kreisleitung Artern auf dem Gebiete der ordnungsgemäßen Bearbeitung von Beschwerden noch nicht alles in Ordnung ist. Sie sollen zum Anlaß genommen werden, um in den Büros der genannten Leitungen sich einmal grundsätzlich